# Riesaer Tageblatt

## und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen

Postscheckkonto: Dresden 1158 Girokasse Riesa Nr. 52.

**№ 14.** **Donnerstag, 17. Januar 1924, abends.** **77. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom vom 12.—31. Januar 1924 2.20 Mk. einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materiallenpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.


## Der Reichskanzler zur Verfassungsreform.

Das Reichskabinett hat über die bekannte bayerische Denkschrift vom 5. Januar wegen weitgehender Verfassungsänderung oder eigentlich wegen Umsturzung der Weimarer Verfassung wiederholt und eingehend beraten, und ist zu dem Beschluß gekommen, daß eine einstweilige Vertagung das Zweckdienlichste wäre. Der Reichskanzler hat an den bayerischen Gesandten von Preger ein Antwortschreiben gerichtet, dessen Kernpunkt die Feststellung der Tatsache ist, daß die Reichsregierung eine abschließende Stellung heute noch nicht einnehmen könne. Sie sei einstweilen bereit, in einen Meinungsaustausch mit der bayerischen Regierung einzutreten, um eine eingehende und vorurteilslose Prüfung der Frage vorzunehmen. Erst nach dem Ergebnis dieser Erörterungen werde sich die Frage beantworten lassen, inwieweit seitens der Reichsregierung und der bayerischen Regierung die Initiative zu gesetzgeberischen Maßnahmen zu ergreifen sein werde.

Man darf wohl annehmen, daß die bayerische Regierung sich mit diesem Entschluß der Reichsregierung einstweilen zufriedengeben wird, wenn auch die bayerische Presse, schon wegen der bevorstehenden Landtagswahlen Unzufriedenheit markiert und vielleicht die bayerische Volksseele wieder einmal kochen lassen wird. Im Ernste hat die bayerische Regierung wohl selbst nicht daran gedacht, daß die Reichsregierung in einem Zeitpunkte, in dem sie mit dem Auslande um Bestand und Einheit des Reiches kämpft und in dem der Reichstag kurz vor seiner Auflösung steht und kaum noch arbeitsfähig genannt werden kann, die schwere Frage einer Verfassungsreform aufrollen würde, die, wie der Reichskanzler Dr. Marx in seinem Antwortschreiben richtig sagt, Gegenstand lebhafter, vielleicht heftiger Meinungskämpfe sein würde, wobei wir mit ihm nicht den Optimismus teilen können, daß sich diese Kämpfe in den Grenzen halten würden, die die Betonung gemeinsamer deutscher Gedanken und Gefühle vorschreiben. Ueberdies ist die bayerische Regierung, die ja auf sehr unsicherem Boden steht, und durch Neuwahlen anders zusammengesetzt werden kann, selbst nicht gewiß, ob das bayerische Volk in so großer Mehrheit, wie sie es annimmt, hinter ihrem Reformverlangen steht. In den Kreisen des bayerischen Zentrums, das auch heute noch in der bayerischen Volkspartei eine große Rolle spielt, in den Kreisen der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und selbst in den konservativen Kreisen, die sich heute Deutsch-National nennen, wünscht man wohl eine größere Bewegungsfreiheit Bayerns in seiner Finanz- und Verkehrspolitik, steht aber den weitgehenden Wünschen des bayerischen Ministeriums auf militärische und staatliche Selbständigkeit ablehnend oder mit großen Bedenken gegenüber. Wenn demnächst der große Hitler-Prozeß vor der ganzen Oeffentlichkeit die Umtriebe und die Verworrenheit in der bayerischen Ordnungszelle vor aller Welt enthüllen wird, wird man selbst in streng bayerisch gesinnten Kreisen ernstlich darüber nachdenken, ob es gut wäre, wenn eine solche Nebenregierung, die sich unter den Augen und unter der Duldung der amtlichen Regierung gebildet hat, nach der Verfassung das Recht hätte, in die auswärtige Politik des Reiches bestimmend einzugreifen und die ohnedies schwache Macht unseres uns von der Entente noch zugestandenen Reichsheeres zu einer völligen Illusion zu machen. Auch Anträge auf Veränderung der Verfassung erfordern eine politische und sittliche Legitimation; und diese Legitimation hat Bayern in dem letzten Jahr nicht geliefert. Was Bayern braucht, ist eine Beruhigung und Festigung seines eigenen Staatswesens, an einem Entgegenkommen gegenüber seinen berechtigten Aenderungswünschen wird es in Berlin nicht fehlen.

## Der Kurs der englischen Außenpolitik.

Während die Thronrede des englischen Königs, wie anzunehmen war, sich in möglichst farbloser Form über die außenpolitischen Probleme ausdrückte, hat die Aussprache in beiden Häusern, im Oberhause in akademisch-hochpolitischer Ausprägung, im Unterhause weit agitatorischer durch die Reden Lloyd Georges und Macdonalds, schärfer die Kernfrage, **das englisch-französische Verhältnis**, beleuchtet. Im allgemeinen zeigte sich jedoch bei den meisten Rednern die Neigung, an der Entente cordiale als einer Gegebenheit wenigstens äußerlich festzuhalten. Weit deutlicher ist vor einigen Tagen die englische Zeitschrift „Fortnightly Review" geworden, die wohl als das Sprachrohr der zukünftigen Diplomatie gelten kann. Sie spricht aus, was letzter Sinn der englischen Politik in der letzten Zeit gewesen ist und was in Zukunft noch bewußter Leitgedanke jedes außenpolitischen Wollens sein muß. Die Entente wird von dieser Zeitschrift als ein Notbehelf, auf den man vorläufig noch nicht verzichten könne, hingestellt. Gefordert wird die entschiedene Rückkehr zu dem System der Mächteausbalancierung. England hat, wie die Zeitschrift ausdrücklich bemerkt, **stets** jeden Staat oder jede Staatengruppe bekämpft, die einen vorherrschenden Einfluß erlangt hat. **Der Staat, mit dem England sich auseinandersetzen müsse, sei Frankreich.** Man müsse ihn entweder angreifen, oder Abmachungen mit ihm treffen, die ihn an Uebergriffen hindern. Die Zeitschrift gibt zu, daß England nur über wenig gute Karten verfügt, die es Frankreich gegenüber ausspielen könne. Daraus erklärt sich das ständige Zurückweichen bei den letzten Zwistigkeiten.

Da England an einen Krieg nicht denkt, weil es aus naheliegenden Gründen nicht an ihn denken kann, so schlägt die englische Zeitschrift ein System von Bündnissen, Sicherungen und Anknüpfungen vor, das seiner Form wie seinem Inhalt nach an die berühmte **Einkreisungspolitik der Vorkriegszeit erinnert. England muß engere Beziehungen mit** Belgien und den kleinen Ententestaaten suchen. Es muß sich an dem italienisch-spanischen Mittelmeerkonzern beteiligen unter Verzichtleistung auf englische Interessen in Griechenland zu Gunsten Italiens, es muß endlich Einfluß bei dem finanziellen und wirtschaftlichen Wiederaufbau der Türkei sich sichern. Als für Deutschland sehr wesentlicher Programmpunkt wird dann endlich die Herstellung einer gemeinsamen Front zwischen London—Berlin—Warschau—Moskau empfohlen. Während die erstgenannten Forderungen zum Teil bereits verwirklicht sind, zum Teil in einer Entwicklung begriffen sind, die im Sinne Englands verläuft, ist natürlich das Problem gleichzeitigen Einvernehmens mit Deutschland, Polen und Rußland praktisch wohl unlösbar. Wenn Frankreich in seinen neuerdings wieder verstärkten Bemühungen um Rußland Erfolg hat, wird Polen allerdings automatisch zum Anschluß an England, und zwar auf dem Wege über die Randstaaten, die an sich schon unter englischem Einfluß stehen, getrieben. Deutschland selbst ist leider zu einer aktiven Politik im Sinne der englischen Gedankengänge vorläufig noch nicht in der Lage. Es muß weiter auf die Ausreifung von Gestaltungen warten, deren unmittelbare Rückwirkungen heute weder zu übersehen noch von Berlin aus zu beeinflussen sind. In den Grundlinien gibt die Aussprache in den englischen Vertretungshäusern sowie die Meinungseinstellung der englischen Diplomatie, wie sie in der genannten Zeitschrift zum Ausdruck gekommen ist, Hoffnungen, die sich allerdings nicht von heute auf morgen verwirklichen lassen werden und deren Erreichbarkeit wiederum davon abhängt, ob es Deutschland gelingt, sich in der Zwischenzeit überhaupt noch lebensfähig zu erhalten.

## Dr. Schacht reist nach Paris.

Wie verlautet, hat sich der Reichsbankpräsident **Dr. Schacht entschlossen, die Reise nach Paris sofort anzutreten.**

Nach dem „New York Herald" beabsichtigt der **Sachverständigenausschuß, den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht,** den er gestern nach Paris gebeten hat, über **den gegenwärtigen Devisenbestand der Reichsbank** zu befragen im Hinblick auf die **Gründung einer neuen Notenbank,** die völlig unabhängig von der Regierung dastehen soll. Bei Bekanntwerden der an den Reichsbankpräsidenten gerichteten Aufforderung habe „einer der finanziellen Vertreter Deutschlands in Paris" einem Berichterstatter des Blattes erklärt, er vertraue darauf, daß Dr. Schacht ohne weiteres bereit sei, in Begleitung des Staatssekretärs a. D. Bergmann und mehrerer Sachverständiger nach Paris zu kommen. Deutschland halte alle Informationen für den Sachverständigenausschuß bereit und warte nur auf eine Aufforderung, um sie der Reparationskommission oder irgendeinem Unterausschuß derselben zu übergeben; man beabsichtige nichts zu verhehlen, sondern alles Erdenkliche zu tun, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten einer erfolgreichen Lösung entgegenzuführen.

Nach dem „New York Herald" ist es dem **Sachverständigenausschuß noch nicht gelungen, einen Arbeitsplan aufzustellen,** der die Aufnahme der Arbeit in den beiden Unterausschüssen ermöglichen würde, er hoffe, dies heute bewerkstelligen zu können. Schwierigkeiten seien dadurch entstanden, daß Parmentier, Francqui und Kindersley in beiden Unterausschüssen zu sitzen wünschten. General Dawes sei der Ansicht, daß dies die Arbeit des Komitees verlangsamen würde, und versuche mit Hilfe der italienischen Delegation, die führenden französischen und belgischen Sachverständigen davon zu überzeugen, daß keine Gefahr bestehe, da die Delegierten ständig miteinander in Fühlung blieben und die Unterausschüsse keine Entscheidungen treffen würden.

## Ueberschuß in der Reichshauptkasse.

Die Uebersicht über die Geldbewegung bei der Reichshauptkasse vom 1. bis 10. Januar zeigt, daß **in dieser Dekade zum ersten Male seit längerer Zeit wieder ein Ueberschuß** der Einzahlungen über die Auszahlungen **bestand,** und zwar in Höhe von 38 Trillionen Papiermark. Der tägliche Ueberschuß beträgt 4,5 gegenüber einem täglichen Zuschußbedarf von 10,5 Trillionen Papiermark in der Vordekade. Der in der Berichtsdekade nachgewiesene Ueberschuß stellt etwa den dritten Teil der in der folgenden Dekade fällig werdenden Besoldungszahlungen und Steuerüberweisungen an die Länder dar.

## Große Nachlässigkeiten der französischen Eisenbahnregie.

)( Holzwickede. Auf dem hiesigen Bahnhofe stehen **330 von der französischen Eisenbahnregie über Hörde übergebene Wagen, deren Begleitpapiere fehlen** oder von der Regie **ungenügend ausgefertigt worden sind.** Bei derartigen Nachlässigkeiten der Regie entstehen erhebliche Verzögerungen im Wagenumlauf, deren **Opfer die deutsche Wirtschaft ist.**

## Aus dem besetzten Gebiet.

)( Düsseldorf. Der Kommandierende General hat die Bestimmung **außer Kraft gesetzt, wonach die Verwendung von Hüttenkoks** zu Heizzwecken verboten ist. Ferner hat General Degoutte die Anordnung **aufgehoben, die den Verkehr mit Kraftfahrzeugen innerhalb des besetzten Gebietes beschränkt.**

)( Landau. Wie das hiesige französische Kontrollamt mitteilt, ist von heute an der **Verkehr über die Rheinbrücke** für Fußgänger und Kraftwagen vom besetzten nach dem unbesetzten Gebiet **wieder freigegeben worden.** Für Leute, die aus dem **unbesetzten in das besetzte Gebiet** reisen wollen, **gelten die alten Bestimmungen weiter.**

## Ueber den Attentatsplan gegen den General v. Seeckt

läßt sich ein vollkommen objektives Bild noch nicht gewinnen. Durch einen Vertrauensmann war, wie wir hören, bei einer Reichsstelle mitgeteilt worden, daß ein Attentat auf den General v. Seeckt geplant sei. Die Reichsstelle stellte auf Grund dieser Mitteilung nähere Beobachtungen an. Vorgestern abend erfolgte die direkte Anzeige bei der Reichsstelle und zwar von Persönlichkeiten, die scheinbar auf den Attentatsplan eingegangen waren, dann aber Anzeige erstatteten, als von den Anstiftern zur Ausführung des Attentats gedrängt wurde. Die betreffende Reichsstelle benachrichtigte sofort die Staatsanwaltschaft und diese veranlaßte die Verhaftung des verdächtigen Täters. Die gerichtliche Voruntersuchung ist bereits eingeleitet worden. Es handelt sich um den Tatbestand, der nach dem § 49c des Strafgesetzbuches, der durch das Republikschutzgesetz neu geschaffen ist, unter besonders scharfe Strafe gestellt ist, wenn es sich um politische Straftaten handelt. Davon, daß der Täter auch Attentate auf Herrn v. Kahr, Herrn v. Lossow beabsichtigt hätte, ist nichts bekannt, wie überhaupt die bayerische Regierung zu unrecht in die Angelegenheit hineingezogen worden ist. Der verhaftete Täter führte einen Ausweis des „Wiking-Bundes" bei sich. Die Personen, an die der Täter zwecks Ausführung des Attentats herangetreten war, und die dann Anzeige erstatteten, gehören deutschvölkischen Kreisen an. Der verhaftete Thormann ist ein angeblicher früherer Offizier, der den Gerichtsbehörden schon seit längerer Zeit als ein schlecht beleumdetes Subjekt bekannt ist. Ein Ergebnis der bisherigen Vernehmung liegt bis jetzt noch nicht vor.

Die Berliner Blätter teilen noch folgende Einzelheiten über die Verhaftung des früheren Offiziers Thormann mit, der beschuldigt wird, einen Anschlag auf General v. Seeckt vorbereitet zu haben. Thormann kam vor einigen Tagen nach Berlin und begab sich in das Büro der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Er verlangte und erhielt die Adresse eines Herrn D., den er von früher zu kennen behauptete. Er suchte Herrn D. auf, legitimierte sich durch einen Ausweis des Wikingbundes, der dem Kapitän Ehrhardt nahesteht, und erklärte im Laufe der Unterhaltung, er sei mit der Absicht nach Berlin gekommen, Herrn v. Seeckt zu erledigen. D. ging zum Schein auf den Plan ein und versprach Thormann, einen geeigneten Mann zu stellen, der die Tat ausführen sollte. Nach der Unterredung machte Herr D. sofort dem Reichskommissar für die öffentliche Sicherheit Oberst Künzer von dem Mordplane Mitteilung. Oberst Künzer, der auch die Hintermänner Thormanns fassen wollte, beauftragte D., auf den Plan zum Schein einzugehen und auch den geeigneten Mann zu stellen. Als nun bei einer neuerlichen Unterredung Herr D. dem Thormann den verlangten Helfer vorstellte, entwickelte Thormann seinen Plan. General v. Seeckt, der jeden Morgen vor seinem Dienstantritt in einem Tattersalle zu reiten pflegte, sollte dort von dem Helfer, der zur selben Zeit in dem Tattersalle reiten sollte, bei dem Vorbeireiten aus unmittelbarer Nähe durch mehrere Revolverschüsse getötet werden. Herr D. und sein Helfer gingen zum Schein auf den Plan Thormanns ein und verabredeten aus diesem Grunde, daß man sich nach Vollendung der Tat vormittags 11 Uhr im Café Josty treffen sollte. Zu der verabredeten Zeit waren dann auch Thormann, Herr D. und dessen Frau im Café anwesend. Anstelle des Täters erschienen jedoch Polizeibeamte und nahmen sowohl Thormann als auch Herrn D. und seine Frau fest. Die beiden letzteren wurden natürlich sofort wieder auf freien Fuß gesetzt, während Thormann in Untersuchungshaft genommen wurde. Die Untersuchung erstreckt sich vor allem auch auf die Hintermänner Thormanns, da nicht anzunehmen ist, daß der Mordplan nur dem Willen eines Einzelnen entsprungen ist.

## Keine Kampfgemeinschaft der Beamtenverbände.

Zwischen dem deutschen Beamtenbund und dem freigewerkschaftlichen allgemeinen deutschen Beamtenbund waren seit einiger Zeit Verhandlungen im Gange, die das Ziel erstrebten, zur Abwehr der Regierungsmethoden beim Beamtenabbau, bei der Regelung der Arbeitszeit und Besoldung eine gewerkschaftliche Kampfgemeinschaft der Beamtenorganisationen zu bilden. **Diese Verhandlungen sind nunmehr endgültig gescheitert.** Das Hindernis für die Verständigung lag vor allem darin, daß der allgemeine deutsche Beamtenbund sein Kartellverhältnis zu den freigewerkschaftlichen Spitzenverbänden der Angestellten und Arbeiter nicht lösen will, während der deutsche Beamtenbund die einseitige Verbindung mit einer gewerkschaftlichen Richtung für unvereinbar mit seiner parteipolitischen Neutralität hält.

## Zur Unterdrückung des mexikanischen Aufstandes.

)( Berlin. Bei der hiesigen mexikanischen Gesandtschaft ist folgendes Telegramm aus Mexiko eingegangen: **Die Vorbereitungen zum Angriff an den Fronten von Jalisco und Veracruz stehen vor ihrem Abschluß.** Die Aufständischen sind durch die Beschlagnahme der von ihnen in den Vereinigten Staaten angekauften Waffen infolge der Verordnung der amerikanischen Regierung demoralisiert. Die mexikanische Regierung empfängt bereits Sendungen von Waffen und Kriegsmaterial, die sie in den Vereinigten Staaten angekauft hat. Hierdurch ist die Durchführung einer unmittelbar bevorstehenden **Aktion zur endgültigen Unterdrückung des Aufstandes** sichergestellt. Im übrigen Lande herrscht vollkommene Ruhe. Alle Verkehrsverbindungen funktionieren normal.